

HELENA CHARLOTTE LAUGWITZ

Die Anerkennung und
Vollstreckung drittstaatlicher
Entscheidungen in
Zivil- und Handelssachen

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

365

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

365

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Helena Charlotte Laugwitz

Die Anerkennung und Vollstreckung drittstaatlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen

Rechtsvergleichende Betrachtung und
europäische Regelungsoptionen

Mohr Siebeck

Helena Charlotte Laugwitz, geboren 1984; Studium der Rechtswissenschaften und Begleitstudium des Europäischen Rechts in Würzburg und Genf; 2009 Erste Juristische Prüfung; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Europäisches Wirtschaftsrecht, Internationales Privat- und Prozessrecht sowie Rechtsvergleichung der Julius-Maximilians-Universität Würzburg; 2012 Magister des Europäischen Rechts, LL.M. Eur. (Würzburg); Referendariat im OLG-Bezirk Frankfurt am Main/LG Darmstadt mit Stationen in Frankfurt am Main und New York; 2013 Zweite Juristische Staatsprüfung; seit 2014 Rechtsanwältin in Frankfurt am Main; 2015 Promotion.

Zugl.: Würzburg, Julius-Maximilians-Universität, Diss., 2015.

e-ISBN PDF 978-3-16-154410-1

ISBN 978-3-16-154409-5

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Mohr Siebeck, Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg im Wintersemester 2014/2015 als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde im Winter 2014 abgeschlossen. Bei der Drucklegung konnte neben redaktionellen Änderungen die Neufassung der EuGVVO im Januar 2015 berücksichtigt werden.

Mein herzlicher Dank gilt zunächst meinem verehrten Doktorvater, *Herrn Prof. Dr. Oliver Remien*. Er hat nicht nur mein Interesse an dem spannenden Thema der internationalen Urteilsanerkennung geweckt, sondern zudem die Erstellung dieser Arbeit mit wertvollen Anmerkungen gefördert und engagiert betreut. Ich werde die Zeit, die ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin an seinem Lehrstuhl verbringen durfte, stets als besonders schöne und lehrreiche Zeit in Erinnerung behalten. *Herrn Prof. Dr. Michael Sonnentag* danke ich vielmals für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe bin ich *Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Basedow, LL.M. (Harvard Univ.)* zu Dank verpflichtet. Mein Dank gilt zudem der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die das Entstehen dieser Arbeit mit einem Promotionsstipendium aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert hat. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei der Unterfränkischen Gedenkjahrstiftung für Wissenschaft und der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, die die vorliegende Arbeit mit einem gemeinsamen Promotionspreis ausgezeichnet haben.

Das Verfassen dieser Arbeit wäre mir ohne den Rückhalt meiner Familie und Freunde nicht möglich gewesen. Allen zu danken, denen insofern Dank gebührt und die zu dem Gelingen dieser Arbeit in vielfältigster Weise beigetragen haben, ist an dieser Stelle kaum möglich. Herzlich gedankt sei *Frau Dr. Caroline Rupp* für die Übernahme der Lektüre des ersten Manuskripts. Die anregenden Gespräche mit ihr und ihre Begeisterung für das internationale Zivilprozessrecht haben mich stets aufs Neue motiviert. Ihr und meiner Mutter, *Frau Magdalena Noll*, gebührt mein herzlichster Dank für die mühevollen Arbeit des Korrekturlesens und ihre vielen hilfreichen Anmerkungen. Für zahllose Aufmunterungen und ihre Unterstützung danke ich *Frau Anna-Maria Seubert* – die Zeit am Lehrstuhl wäre ohne sie nicht dieselbe gewesen. Von Herzen danke ich zudem meiner Schwester, *Frau Dr. Christine Noll*, die

mich während aller Höhen und Tiefen bei der Entstehung dieser Arbeit begleitet und immer wieder ermutigt hat.

Ein ganz besonderer Dank gebührt meinem Mann, *Herrn Dr. Fabian Laugwitz*. Ohne sein Verständnis, seinen liebevollen Zuspruch und die unzähligen aufmunternden Worte im rechten Moment wäre die Erstellung dieser Arbeit kaum vorstellbar gewesen.

Mein größter Dank gilt jedoch meinen lieben Eltern. Sie haben mir mit ihrer Unterstützung und Förderung während meiner gesamten Ausbildung die Anfertigung dieser Arbeit erst ermöglicht. Ihnen und Fabian ist diese Arbeit gewidmet.

Frankfurt am Main, im August 2016

Helena Laugwitz

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung.....	1
Kapitel I: Grundlagen des Anerkennungsrechts.....	7
§ 1 Europäische und internationale Aspekte der Urteilsanerkennung	7
§ 2 Das System des deutschen autonomen Rechts	30
§ 3 Das System des französischen autonomen Rechts	45
§ 4 Grundlagen des englischen Rechts	68
§ 5 Zusammenfassung	95
Kapitel II: Die Anerkennungs- und Vollstreckungsvoraussetzungen.....	97
§ 6 Die internationale Zuständigkeit des Urteilsstaats	97
§ 7 Ordnungsgemäße Verfahrenseinleitung und rechtliches Gehör	186
§ 8 Keine entgegenstehende Rechtskraft oder Rechtshängigkeit	226
§ 9 <i>Ordre public</i> -Vorbehalt und Rechtsmissbrauch.....	243
§ 10 Die Verbürgung der Gegenseitigkeit	284
§ 11 Die kollisionsrechtliche Kontrolle.....	301
Kapitel III: Die bilateralen Staatsverträge.....	315
§ 12 Die deutschen bilateralen Staatsverträge	317
§ 13 Die bilateralen Staatsverträge Frankreichs	353
§ 14 Die Anerkennung nach dem Statute Law in England	373
§ 15 Abschließende Wertung der staatsvertraglichen Regelungen	393

Kapitel IV: Entwicklung eines einheitlichen Anerkennungsrechts	399
§ 16 Zusammenfassender Befund der rechtsvergleichenden Analyse	399
§ 17 Entwicklung einheitlicher Anerkennungsvoraussetzungen	401
 Kapitel V: Europäische Regelungsoptionen.....	407
§ 18 Perspektiven autonomen Unionsrechts	408
§ 19 Staatsvertragliche Regelungsoptionen im europäischen Raum	430
 Schlussbetrachtung und Ausblick	445
 Anhang	449
Die bilateralen Anerkennungs- und Vollstreckungsverträge Deutschlands	449
Ergänzende Materialien zu den bilateralen Staatsverträgen Deutschlands	451
Die bilateralen Anerkennungs- und Vollstreckungsverträge Frankreichs	453
The Foreign Judgments (Reciprocal Enforcement) Act 1933	461
The Administration of Justice Act 1920 (Auszug – Part II)	469
 Entscheidungsverzeichnis	473
Literaturverzeichnis	491
Sachverzeichnis	527

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung.....	1
I. <i>Status quo</i>	1
II. Gegenstand der Arbeit und Gang der Untersuchung.....	5
Kapitel I: Grundlagen des Anerkennungsrechts.....	7
§ 1 <i>Europäische und internationale Aspekte der Urteilsanerkennung</i>	7
I. Die Entwicklungen auf europäischer Ebene	8
1. Der Abschluss des EuGVÜ als „Meilenstein“ im Anerkennungsrecht.....	8
2. Das Parallelübereinkommen von Lugano.....	10
3. Die Entwicklung vom EuGVÜ hin zur EuGVVO	11
4. Die schrittweise Abschaffung des Exequaturs innerhalb der EU.....	14
II. Ansätze eines internationalen Anerkennungs- und Vollstreckungsrechts.....	17
1. Historische Grundlagen und Bestrebungen der Haager Konferenz.....	18
a) Vom Entwurf im Jahr 1925 zum Übereinkommen von 1971	18
b) Gründe für das Scheitern der Konvention von 1971	21
aa) Struktur des Übereinkommens als bloßes „Rahmenübereinkommen“.....	21
bb) Zeitpunkt der Ausarbeitung – Konkurrenz durch das EuGVÜ.....	23
cc) Unterschiede zum NYÜ	24
c) Der dritte Versuch: Der Übereinkommensentwurf von 1999 und das Haager Gerichtsstandsübereinkommen von 2001	25
2. Ein erneuter Anlauf?.....	28

§ 2	<i>Das System des deutschen autonomen Rechts</i>	30
I.	Historische und prozessuale Grundlagen	30
II.	Der Anerkennungsbegriff im deutschen Recht	35
III.	Anerkennungs- und vollstreckungsfähige Entscheidungen	38
	1. Zivil- und Handelssachen	38
	2. Der Urteilsbegriff des § 328 ZPO	40
	a) Rechtskraftefordernis	42
	b) Das Verbot der Doppelreuequierung	44
§ 3	<i>Das System des französischen autonomen Rechts</i>	45
I.	Historische Entwicklungen	45
	1. Die Ordonnance von 1629 (<i>Code Michau</i>)	45
	2. Das Prinzip der <i>révision au fond</i> und ihre Abschaffung	47
II.	Entwicklung der heutigen Anerkennungsvoraussetzungen	48
	1. Der <i>Arrêt Munzer</i>	50
	2. Der <i>Arrêt Cornelissen</i>	52
III.	Die Systematik der Anerkennung und Vollstreckung im französischen Recht	53
IV.	Die anerkennungsfähigen Entscheidungen und Wirkungen	54
	1. Der Kreis der anerkennungsfähigen Entscheidungen	54
	a) Gerichtlicher oder gleichwertiger Akt	55
	b) Entscheidung einer ausländischen Obrigkeit	56
	c) Zivilrechtlicher Gegenstand	58
	2. Die Unterscheidung zwischen Anerkennung und Vollstreckung	60
	a) Historische Entwicklung	60
	b) Heutige Unterscheidung zwischen Anerkennung und Vollstreckung	63
	c) Prozessuale Aspekte der Anerkennung und Vollstreckung	64
	aa) Die <i>action à titre principal</i> und die inzidente Kontrolle	64
	bb) Die <i>action en inopposabilité</i>	66
§ 4	<i>Grundlagen des englischen Rechts</i>	68
I.	Struktur des englischen Anerkennungsrechts	68
II.	Historische Grundlagen der Anerkennung nach dem Common Law	70
III.	<i>Action upon the foreign judgment</i> nach dem Common Law	75
	1. Der Kreis der anerkennungsfähigen Entscheidungen	76
	a) Gerichtsentscheidungen	77
	aa) Begriffsklärung	77
	bb) Unterscheidung von Urteilen <i>in personam</i> und <i>in rem</i>	79
	b) Zivil- und Handelssachen	81

c) Endgültigkeit der Entscheidung („final and conclusive on the merits“)	85
2. Beschränkung auf Zahlungsurteile	90
IV. <i>Doctrine of estoppel per rem iudicatam</i>	92
§ 5 Zusammenfassung	95

Kapitel II: Die Anerkennungs- und Vollstreckungsvoraussetzungen.....97

§ 6 <i>Die internationale Zuständigkeit des Urteilsstaats</i>	97
I. Die Anerkennungszuständigkeit nach deutschem Recht	97
1. Die historische Entwicklung des § 328 Abs. 1 Nr. 1 ZPO	97
a) Die Entwicklungen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts	97
b) Das Anerkennungsrecht nach 1806 und die Thesen Feuerbachs	99
2. Das Spiegelbildprinzip gemäß § 328 Abs. 1 Nr. 1 ZPO	104
a) Regelungsgehalt	104
b) Normativer Schutzzweck	109
aa) Schutz der Jurisdiktionssphäre	109
(1) Schutz deutscher Staatsinteressen	109
(2) Schutz der Interessen dritter Staaten	111
bb) Schutz des Beklagteninteresses	112
c) Problematik einzelner Gerichtsstände	114
aa) Gerichtsstand des Vermögens (§ 23 ZPO)	114
bb) Gerichtsstand der Prorogation (§ 38 ZPO)	118
cc) Gerichtsstand der rügelosen Einlassung (§ 39 ZPO)	119
II. Die internationale Zuständigkeit in Frankreich	122
1. Historische Entwicklung der Kriterien für die internationale Zuständigkeit	123
a) Die Zuständigkeitskontrolle anhand des ausländischen Prozessrechts	124
b) Die „bilatéralisation“ der französischen Zuständigkeitsnormen	128
c) Ein autonomes Kontrollsystem der Anerkennungszuständigkeit	130
2. Die heutige Zuständigkeitsprüfung nach dem <i>Arrêt Simitch</i>	132
a) Keine ausschließlichen französischen internationalen Zuständigkeiten	134
aa) Ausschließliche internationale Zuständigkeitsregelungen	134

bb) Die Regelungen der Artt. 14 und 15 C. civ.	138
cc) Die Abschaffung des „Jurisdiktionsprivilegs“ und der <i>Arrêt Prieur</i>	142
b) Charakteristische Inlandsverbindung (<i>lien caractérisé</i>)	146
c) Kein Rechtsmissbrauch bei der Forumswahl	150
III. Die Anerkennungszuständigkeit im englischen Recht	154
1. Historische Grundlagen	154
a) <i>Schibsby v Westenholz</i> und <i>Le Mesurier v Le Mesurier</i>	157
b) <i>Rousillon v Rousillon</i> und <i>Emanuel v Symon</i>	158
c) Die Entwicklungen im englischen Scheidungsrecht	160
aa) Die Spiegelbildlichkeit nach <i>Travers v Holley</i>	160
bb) Der Übergang zu einer Generalklausel	161
(1) Die Entscheidung <i>Indyka v Indyka</i>	162
(2) Das Erfordernis einer „real and substantial connection“	164
2. Die Prüfung im Common Law nach der gegenwärtigen Rechtsprechung	166
a) Zuständigkeit aufgrund von Anwesenheit	169
aa) <i>Residence</i> oder <i>presence</i>	170
bb) Die Behandlung juristischer Personen	173
b) Einlassung auf die ausländische Gerichtsbarkeit (<i>submission</i>)	176
aa) Einleitung des Verfahrens	176
bb) Einlassung durch freiwilliges Erscheinen im Prozess	177
cc) Gerichtsstandsvereinbarung	181
IV. Zusammenfassung und vergleichende Wertung	183
 § 7 <i>Ordnungsgemäße Verfahrenseinleitung und rechtliches Gehör</i>	186
I. Die deutsche Regelung des § 328 Abs. 1 Nr. 2 ZPO	187
1. Schutzzweck und Rechtsnatur der Norm	187
2. Der Begriff der Nichteinlassung	189
3. Verteidigungsobliegenheit im Erststaat	190
4. Das verfahrenseinleitende Schriftstück	192
a) Anerkennungsrrechtlich notwendiger Inhalt	192
b) Ordnungsmäßigkeit und Rechtzeitigkeit der Zustellung	194
aa) Alternative oder kumulative Versagungsgründe	194
bb) Prüfung der Ordnungsmäßigkeit und Rechtzeitigkeit	196
(1) Die Ordnungsmäßigkeit der Zustellung	196
(2) Die Heilung von Zustellungsmängeln	198
(3) Die Rechtzeitigkeit der Zustellung	201

II.	Die ordnungsgemäße Verfahrenseinleitung im französischen Recht	204
	1. Historische Grundlagen	204
	2. Einordnung im Rahmen des verfahrensrechtlichen <i>ordre public</i>	207
	3. Die Anforderungen nach der Entscheidung <i>Bachir</i>	208
	a) Einleitende Bemerkungen.....	208
	b) Die Wahrung des rechtlichen Gehörs bei der Verfahrenseinleitung	209
	aa) Das verfahrenseinleitende Dokument.....	210
	bb) Ordnungsmäßigkeit der Zustellung	211
	cc) Rechtzeitigkeit der Ladung	213
III.	Die Verfahrenseinleitung im Common Law	214
	1. Systematische Einordnung	214
	2. <i>Natural justice</i> und <i>substantial justice</i>	216
	a) Einführende Bemerkungen	216
	b) Prüfungsmaßstab für die prozessualen Grundanforderungen	220
	c) Ordnungsgemäße Ladung des Beklagten (<i>due notice</i>)	221
	d) Gewährung rechtlichen Gehörs (<i>proper opportunity to be heard</i>).....	222
	e) Die Ergreifung von Verteidigungsmöglichkeiten im Erststaat	224
IV.	Zusammenfassende Wertung	225
§ 8 <i>Keine entgegenstehende Rechtskraft oder Rechtshängigkeit</i>		226
I.	Der deutsche § 328 Abs. 1 Nr. 3 ZPO	226
	1. Systematische Einordnung und Begriffsklärung	226
	2. Kollision mit einer inländischen Entscheidung	229
	3. Kollision mit einer früheren ausländischen Entscheidung	230
	4. Nichtbeachtung inländischer Rechtshängigkeit durch drittstaatliche Gerichte.....	231
II.	Die Urteilkollision im französischen Recht	233
	1. Konflikt zwischen zwei ausländischen Entscheidungen	234
	2. Konflikt zwischen ausländischer und französischer Entscheidung	236
	3. Entgegenstehende Rechtshängigkeit	238
III.	„Conflicting judgments“ im Common Law	240
	1. Die Entscheidung <i>Vervaeke v Smith</i>	240
	2. Die Kollision ausländischer Entscheidungen nach <i>Showlag v Mansour</i>	242
IV.	Zusammenfassung.....	243

§ 9	<i>Ordre public-Vorbehalt und Rechtsmissbrauch</i>	243
I.	Der deutsche § 328 Abs. 1 Nr. 4 ZPO	245
	1. Der sogenannte <i>effet atténué</i> des <i>ordre public</i>	246
	2. Inhalt und Umfang der <i>ordre public</i> -Prüfung.....	247
	a) Der materiellrechtliche <i>ordre public</i>	249
	b) Der verfahrensrechtliche <i>ordre public</i>	252
	aa) Umfang der verfahrensrechtlichen Prüfung	252
	bb) Rügeobliegenheit im Urteilsstaat?.....	254
II.	Der <i>ordre public</i> im französischen Anerkennungsrecht.....	255
	1. Der materiellrechtliche <i>ordre public</i>	258
	2. Der verfahrensrechtliche <i>ordre public</i>	262
	3. Die Prüfung der <i>absence de fraude à la loi</i>	266
III.	Die Ausprägungen des <i>ordre public</i> -Vorbehalts im Common Law	270
	1. Systematische Einordnung.....	270
	2. <i>Fraud</i>	271
	3. <i>Public policy</i>	275
IV.	Zusammenfassung und Zwischenbilanz: Ein europäischer <i>ordre public</i> ?.....	280
	1. Inhaltliche Übereinstimmungen der betrachteten Rechtsordnungen	280
	2. Abgrenzung zum <i>ordre public</i> -Vorbehalt des Art. 45 Abs. 1 lit. a EuGVVO.....	281
§ 10	<i>Die Verbürgung der Gegenseitigkeit</i>	284
I.	Das Gegenseitigkeitserfordernis nach § 328 Abs. 1 Nr. 5 ZPO	285
	1. Begriff und Grundprinzipien der Gegenseitigkeit	285
	2. Partielle Verbürgung der Gegenseitigkeit	289
	3. Rechtspolitische Erwägungen	290
II.	Ablehnung des Reziprozitätserfordernisses im französischen Recht	293
III.	Die <i>reciprocity</i> im Common Law.....	294
	1. Abkehr von der <i>doctrine of comity</i>	294
	2. Gegenseitigkeit als Kriterium im Anwendungsbereich des Statute Law	296
IV.	Das Gegenseitigkeitserfordernis – ein zeitgemäßes Anerkennungskriterium?.....	297
	1. Betrachtung unterschiedlicher Ausprägungen in Europa.....	297
	2. Kritische Wertung der Reziprozität als Anerkennungsvoraussetzung	300

§ 11 Die kollisionsrechtliche Kontrolle	301
I. Übersicht über das deutsche und europäische Recht	302
II. Die „application de la loi compétente“ im französischen Recht	304
1. Historische Entwicklung des Anerkennungskriteriums	304
2. Kritik und Einschränkungen der kollisionsrechtlichen Kontrolle	305
3. Die Abschaffung durch den <i>Arrêt Cornelissen</i>	309
III. Überblick über das Common Law und andere europäische Rechtsordnungen	311
IV. Zusammenfassende Wertung	312
Kapitel III: Die bilateralen Staatsverträge	315
§ 12 Die deutschen bilateralen Staatsverträge	317
I. Überblick und historische Grundlagen	317
II. Der Anwendungsbereich der bilateralen Verträge	319
1. Zivil- und Handelssachen	320
a) Problematik der Qualifikation und Auslegung	321
b) Beurteilungsmaßstab	324
2. Anerkennungsfähige Entscheidungstypen	326
III. Betrachtung ausgewählter Anerkennungsvoraussetzungen	329
1. Die Behandlung der internationalen Zuständigkeit	329
a) Die Regelung anerkannter Gerichtsstände in Katalogen	329
b) Die Regelung in den Verträgen mit Österreich und Griechenland	332
2. Der <i>ordre public</i> -Vorbehalt in den bilateralen Verträgen	334
3. Die kollisionsrechtliche Kontrolle	337
IV. Die Auswirkungen von EuGVVO und LugÜ auf die bilateralen Verträge	338
1. Die nicht von EuGVVO und LugÜ überlagerten Staatsverträge	339
2. Der deutsch-tunesische Staatsvertrag	339
3. Der deutsch-israelische Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag	341
V. Die Regelungen der Staatsverträge hinsichtlich des Vollstreckungsverfahrens	343
1. Fakultatives und obligatorisches Beschlussverfahren	344
2. Das AVAG	345
VI. Das Verhältnis von Staatsverträgen und Unionsrecht zum autonomen Recht	347
1. Das Günstigkeitsprinzip der bilateralen Verträge	347
2. Keine Wahlmöglichkeit im Verhältnis zu EuGVVO und LugÜ	350
VII. Bilanz der deutschen staatsvertraglichen Regelungen	351

§ 13 Die bilateralen Staatsverträge Frankreichs	353
I. Historische Grundlagen.....	353
II. Divergierende Anwendungsbereiche.....	355
III. Inhaltliche Besonderheiten und Abweichungen vom autonomen Recht	358
1. Die internationale Zuständigkeit.....	359
a) Kombination aus Gerichtsstandskatalogen und autonomem Recht.....	359
b) Bloßer Verweis auf die autonomen Zuständigkeitsregelungen.....	362
2. Die kollisionsrechtliche Kontrolle	363
3. Der <i>ordre public</i> -Vorbehalt	365
a) Allgemeine Formulierung und Prüfungsumfang	365
b) Wahrung der Beklagtenrechte und Urteilskollision	367
IV. Rangverhältnisse der Rechtsquellen im französischen Recht	368
1. Das Verhältnis der bilateralen Verträge zu EuGVVO und LugÜ	368
2. Möglichkeit des „Rückgriffs“ auf das autonome Recht in Frankreich?.....	369
V. Besonderheiten im Exequaturverfahren.....	370
VI. Bewertung der bilateralen Staatsverträge Frankreichs	372
 § 14 Die Anerkennung nach dem <i>Statute Law in England</i>	 373
I. Grundlagen des englischen <i>Statute Law</i>	373
1. Einführende Bemerkungen	373
2. Entstehungsgeschichte.....	374
3. Inkraftsetzung der Statutes durch „ <i>order in council</i> “.....	375
II. Umfang und Reichweite der bilateralen Vereinbarungen	377
1. Der räumliche Anwendungsbereich des AJA 1920	377
2. Der räumliche Anwendungsbereich des <i>Foreign Judgments Act</i> von 1933.....	378
III. Die Anerkennungs- und Vollstreckungsvoraussetzungen des <i>Statute Law</i>	379
1. Grundlegende Bestimmungen des AJA 1920 und des FJA 1933	379
2. Unterschiede zwischen AJA 1920 und FJA 1933.....	382
a) Ermessensspielraum des Registrierungsgerichts.....	382
b) Fristen für den Registrierungsantrag.....	383
3. Abweichungen von den Anforderungen des <i>Common Law</i>	384
a) Der Kreis der registrierbaren Entscheidungen	384
b) Die Regelung der internationalen Zuständigkeit.....	386
c) Wahrung der Beklagtenrechte und Verfahrenseinleitung	388
IV. Das Verfahren der Registrierung nach <i>Statute Law</i>	389
1. Die „bloße“ Anerkennung der Entscheidung	390

2. Ausgestaltung der Registrierung	390
V. Das Verhältnis von „action upon judgment“ und Statute Law	391
<i>§ 15 Abschließende Wertung der staatsvertraglichen Regelungen</i>	<i>393</i>
I. Bewertung der britischen Statutes	393
II. Unterschiedliche Bedeutung bilateraler Staatsverträge	394
III. Zukünftige Bedeutung der Staatsverträge für die Urteilsanerkennung	396
 Kapitel IV: Entwicklung eines einheitlichen Anerkennungsrechts	 399
<i>§ 16 Zusammenfassender Befund der rechtsvergleichenden Analyse</i>	<i>399</i>
<i>§ 17 Entwicklung einheitlicher Anerkennungsvoraussetzungen</i>	<i>401</i>
I. Ein einheitlicher Kriterienkatalog	401
1. Zusammenfassende Erwägungen	401
2. Art. X: Die Anerkennung drittstaatlicher Entscheidungen	403
II. Die prozessuale Umsetzung von Anerkennung und Vollstreckung	404
 Kapitel V: Europäische Regelungsoptionen	 407
<i>§ 18 Perspektiven autonomen Unionsrechts</i>	<i>408</i>
I. Einführende Erwägungen	408
II. Die historische Entwicklung der Unionskompetenzen	408
III. Der Kompetenztitel des Art. 81 AEUV	411
1. Struktur und Anforderungen des Art. 81 AEUV	412
2. Die Voraussetzungen des Art. 81 Abs. 2 lit. f AEUV	414
a) Grenzüberschreitende Bezüge	415
b) Der Binnenmarktbezug	418
aa) Rechtslage unter Art. 65 EG	418
bb) Wegfall des Erfordernisses im Vertrag von Lissabon	420
c) Kriterium der reibungslosen Abwicklung von Zivilverfahren	421
3. Einschränkungen durch das Subsidiaritätsprinzip	422
4. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nach Art. 5 Abs. 4 EUV	425
IV. Die Überarbeitung der EuGVVO	427
1. Das Grünbuch vom 21. April 2009	427
2. Der Verordnungsvorschlag vom 14. Dezember 2010	428

3. Die „neue“ EuGVVO – Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 vom 12. Dezember 2012.....	429
§ 19 Staatsvertragliche Regelungsoptionen im europäischen Raum.....	430
I. Der Beitritt zum LugÜ als Integrationsinstrument?	431
1. Rechtliche Grundlagen und mögliches Aufnahmeverfahren	432
2. Mangelnde Eignung des LugÜ als Integrationsinstrument	433
a) Verfahrensrechtliche Bedenken.....	433
b) Konzipierung für den europäischen Rechtsraum.....	433
c) Ratifizierungsmechanismus.....	434
II. Die EU als künftige Vertragspartei bilateraler Abkommen	435
1. Grundlagen der Außenkompetenzen der Europäischen Union	435
a) Zuständigkeitsbestimmungen des AEUV	436
b) Die Rechtsprechung des EuGH zu den Außenkompetenzen	437
aa) Historische Grundlagen – Die <i>AETR</i> -Doktrin	437
bb) Die weitere Rechtsprechung des EuGH bis hin zum <i>Lugano</i> -Gutachten	438
2. Außenkompetenzen im Bereich der Anerkennung drittstaatlicher Urteile.....	440
a) Das <i>Lugano</i> -Gutachten des EuGH.....	441
b) Ergebnis	444
 Schlussbetrachtung und Ausblick.....	 445
 Anhang	 449
Die bilateralen Anerkennungs- und Vollstreckungsverträge Deutschlands	449
Ergänzende Materialien zu den bilateralen Staatsverträgen Deutschlands	451
Die bilateralen Anerkennungs- und Vollstreckungsverträge Frankreichs	453
The Foreign Judgments (Reciprocal Enforcement) Act 1933	461
The Administration of Justice Act 1920 (Part II).....	469
 Entscheidungsverzeichnis.....	 473
Literaturverzeichnis.....	491
Sachverzeichnis.....	527

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
A. C.	Appeal Cases (Law Reports)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AJA 1920	Administration of Justice Act 1920
All E. R.	All England Law Reports
Alt.	Alternative
amtl.	amtlich(e)
Anm.	Anmerkung
Art(t).	Artikel
AmJCompL	American Journal of Comparative Law
Aufl.	Auflage
AVAG	Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters (Zeitschrift)
Az.	Aktenzeichen
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
B. C. Int'l & Comp. L. Rev	Boston College International and Comparative Law Review
Bd.	Band
Begr.	Begründung
Berkeley J. Int'l L.	Berkeley Journal of International Law
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Bing.	Bingham New Cases
BT-Dr.	Drucksache des Deutschen Bundestags
Bus LR	Business Law Reports
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BYIL	The British Year Book of International Law

c.	contra/contre
CA	Cour d'appel
Camp.	Campbell
CarswellOnt	Carswell Ontario Cases
Cass. civ.	Cour de cassation Chambre civile
Cass. req.	Cour de cassation Chambre des requêtes
C. B. R.	Common Bench Reports
C. civ.	Code civil
CJJA 1982	Civil Jurisdiction and Judgments Act 1982
C.L.J.	(The) Cambridge Law Journal
Colum. J. Transnat'l L.	Columbia Journal of Transnational Law
C. org. jud.	Code de l'organisation judiciaire
Ch.	Chambre
Chap.	Chapitre / Chapter
Ch. App.	Chancery Appeals
Ch. D.	Chancery Division
Cie.	Compagnie
CMLRev	Common Market Law Review
Co.	Company
Comp. Law Yearbook of Int'l Business	The Comparative Law Yearbook of International Business
CPR	Civil Procedure Review; Civil Procedure Rules
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
Dig.	Digesten
d.h.	das heißt
Dr. mar. fr.	Droit maritime français
DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift
East	East's Term Reports, King's Bench
EBLR	European Business Law Review
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft/ Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
EO	Exekutionsordnung (Österreich)
E. R.	English Reports
ERPL	European Review of Private Law
EU	Europäische Union
EuEheVO	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 vom 27. November 2003

EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968
EuGVVO	Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuInsVO	Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates über Insolvenzverfahren vom 29. Mai 2000
EuLF	The European Legal Forum
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EU-Subsidiaritätsprotokoll	Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vom 13. Dezember 2007
EuVTVO	Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen vom 21. April 2004
EuZPR	Europäisches Zivilprozessrecht (Zeitschrift)
EWCA Civ	Court of Appeal Civil Division
EWHC	High Court of England and Wales
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
Ex.	Court of Exchequer
Ex. D.	Exchequer Division
f./ff.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamFR	Familienrecht und Familienverfahrensrecht
FamRÄndG	Gesetz zur Vereinheitlichung und Änderung familienrechtlicher Vorschriften
FamRZ	Zeitschrift für das Gesamte Familienrecht mit Betreuungsrecht, Erbrecht, Verfahrensrecht, Öffentlichem Recht
Fasc.	Fascicule(s)
FGG	Freiwillige Gerichtsbarkeit Gesetz
FGG-Reformgesetz	Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FJA 1933	Foreign Judgments (Reciprocal Enforcement) Act 1933
F.L.R.	Family Law Reports
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
F. S. R.	Fleet Street Reports
GAJFDIP	Les grands arrêts de la jurisprudence française de droit international privé
Gaz. Pal.	Gazette du Palais
GG	Grundgesetz

ggf.	gegebenenfalls
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GS	Gedächtnisschrift
GSZ	Großer Senat in Zivilsachen
Hare	Hare's Chancery Reports
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
H. Bl.	H. Blackstone's Common Pleas Reports
Hdb.	Handbuch
H. L.	House of Lords
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
HZÜ	Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 15. November 1965
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
I. L. Pr.	International Litigation Procedure
Inc.	Incorporated
InsO	Insolvenzordnung
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift)
i. V. m.	in Verbindung mit
IPR	Internationales Privatrecht
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JBl.	Juristische Blätter
JCP G Sem. Jur.	La Semaine Juridique Édition Générale
JCP N Sem. Jur.	La Semaine Juridique Notariale et Immobilière
JDI	Journal du droit international (Clunet)
JIBLR	Journal of International Banking Law and Regulation
J.L.C.	(The) Journal of Law and Commerce
J.O.	Journal Officiel de la République Française
J P Int'l L	Journal of Private International Law
JR	Juristische Rundschau
JZ	Juristenzeitung
JurBüro	Das juristische Büro (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
K. B.	King's Bench
KPC	Kodeks postępowania cywilnego (polnisches Zivilverfahrensgesetzbuch)
LEC	Ley de Enjuiciamiento Civil (spanische Zivilprozessordnung)
LG	Landgericht
lit.	littera
Lloyd's Rep.	Lloyd's Law Reports
LMCLQ	Lloyd's Maritime and Commercial Law Quarterly

Lofft	Lofft's King's Bench Reports
L. Q. R.	Law Quarterly Review
L. R.	Law Reports
LugÜ	Luganer Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
M. L. R.	The Modern Law Review
M. & S.	Maule and Selwyn
M. & W.	Meeson and Welsby
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NCPC	Nouveau Code de procédure civile
NiemeyersZ	Niemeyers Zeitschrift für Internationales Recht
NILR	Netherlands International Law Review
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report
Nr.	Nummer
N. S. W. L. R.	(The) New South Wales Law Reports
NTIR	Nederlands Tijdschrift voor Internationaal Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NYÜ	New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10. Juni 1958
OJLS	Oxford Journal of Legal Studies
OLG	Oberlandesgericht
P.	Probate
P. D.	Probate Division
PTIA 1980	Protection of Trading Interests Act 1980
Q. B.	Queen's Bench
Q. L. R.	The Law Quarterly Review
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RDIPP	Rivista di diritto internazionale privato e processuale
RDLF	Revue des droits et libertés fondamentaux
Rec. Cours La Haye	Recueil des cours de l'Académie de droit international de La Haye
Rec. D.	Recueil Dalloz
Reichsgesetzbl.	Reichsgesetzblatt
Rev. hell. dr. int.	Revue hellénique de droit international
Rép. Int. D.	Répertoire du droit international Dalloz
Rev. dr. unif.	Revue de droit uniforme; Uniform Law Review
Rev. crit. DIP	Revue critique de droit international privé
RGBL.	Reichsgesetzblatt

RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (Entscheidungssammlung)
RICO Act	Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act
RIDC	Revue internationale de droit comparé
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer
R. P. C.	Reports of Patent Cases
RSC	Rules of the Supreme Court
S.	Seite
S.C.C.	Supreme Court of Canada
S. C. R.	Canada Law Reports, Supreme Court
Sec.	Section
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes
S. L. T.	Scots Law Times
Soc.	Société
sog.	sogenannte(r)
StAZ	Das Standesamt – Zeitschrift für Standesamtwesen, Ehe- und Kindschaftsrecht, Staatsangehörigkeitsrecht
Sw. & Tr.	Swabey & Tristram
Tel Aviv Univ. Stud. L.	Tel Aviv University Studies in Law
TGI	Tribunal de Grande Instance
T. L. R.	(The) Times Law Reports
Trav. com. fr. dr. int. pr.	Travaux du Comité Français du droit international privé
u. a.	unter anderem
UA	Unterabsatz
UKPC	United Kingdom Privy Council
U.S.	United States Reports
usw.	und so weiter
v	versus / and
Ves. Jun.	Vesey Junior
Ves. Sen.	Vesey Senior
vgl.	vergleiche
Vol.	Volume
Vorbem.	Vorbemerkung
VuR	Verbraucher und Recht
VVE	Vertrag über eine Verfassung für Europa
WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa (Zeitschrift)
W. L. R.	(The) Weekly Law Reports
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
YPIL	Yearbook of Private International Law
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht

ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozessordnung
z. T.	zum Teil
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeßrecht
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozeßrecht International

Einleitung

I. *Status quo*

Die Anerkennung und Vollstreckung drittstaatlicher Entscheidungen spielt eine immer größere Rolle bei der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Betätigung von Unternehmen und Privatpersonen. Gerichtliche Entscheidungen sind staatliche Hoheitsakte und entfalten deshalb grundsätzlich nur dort Wirkung, wo der Staat, in dem sie ergangen sind, Hoheitsgewalt ausüben kann, d. h. innerhalb seiner Staatsgrenzen.¹ In jahrhundertelanger Rechtsprechung – zurückreichend auf die *Digesten* – findet sich die Bestimmung „*extra territorium ius dicenti impune non paretur*“ und dieses grundlegende Prinzip der Territorialhoheit bildet auch im heutigen Anerkennungsrecht den zentralen Ausgangspunkt.² Ein Urteil, das in einem Drittstaat ergeht, ist somit nicht zwangsläufig – etwa als Grundlage für eine Vollstreckungshandlung – im Inland verwendbar, sodass es regelmäßig zur grenzüberschreitenden Geltendmachung der jeweiligen Entscheidung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung im Zweitstaat bedarf.³ Welchen Voraussetzungen der jeweilige Staat die Anerkennung und Vollstreckung einer drittstaatlichen Entscheidung unterstellt, ob er beispielsweise eine Anerkennung ausschließlich im Rahmen

¹ Statt aller v. *Hoffmann/Thorn*, IPR, § 3 Rn. 149; *Linke/Hau*, IZVR, Rn. 412; *Schack*, IZVR, Rn. 865; *Schütze*, Anerkennung und Vollstreckung deutscher Urteile im Ausland, S. 11.

² Die vollständige *Digesten*stelle lautet: „PAULUS libro primo ad edictum Extra territorium ius dicenti impune non paretur. idem est, et si supra iurisdictionem suam velit ius dicere.“ („PAULUS im 1. Buch zum Edikt Außerhalb des Gebietes, für das er zuständig ist, wird dem, der Recht spricht, straflos der Gehorsam verweigert. Ebenso ist es auch, wenn er über seine sachliche Zuständigkeit hinaus Recht sprechen will.“); *Dig.* II, 1, 20; zit. nach und übersetzt von *Behrends/Knütel/Kupisch/Seiler*, *Corpus Iuris Civilis*, II, S. 177; vgl. *Schütze*, in: FS Geimer, 1025 (1025); *Schärtl*, Das Spiegelbildprinzip im Rechtsverkehr mit ausländischen Staatenverbindungen, S. 10; siehe zudem exemplarisch die Ausführungen des englischen House of Lords in der Entscheidung *Sirdar Gurdyal Singh v Rajah of Faridkote* aus dem 19. Jahrhundert: „All jurisdiction is properly territorial, and ‘extra territorium jus dicenti, impune non paretur’.“; *Sirdar Gurdyal Singh v Rajah of Faridkote* [1894] A. C. 670 (683); vgl. *Emerson Read*, Recognition and Enforcement of Foreign Judgments in the Common Law Units of the British Commonwealth, S. 127; *Mapesbury*, Dicey, Morris and Collins on The Conflict of Laws, S. 690; *James*, Comp. Law Yearbook of Int’l Business 1991, 93 (96).

³ *Linke/Hau*, IZVR, Rn. 412; *Schütze*, Anerkennung und Vollstreckung deutscher Urteile im Ausland, S. 11.

staatsvertraglicher Regelungen – wie es sich etwa in den Niederlanden⁴ beobachten lässt – vorsieht oder diese grundsätzlich ablehnt, ist jeweils der einzelnen Rechtsordnung überlassen.⁵ Trotz des Fehlens einer allgemeinen Verpflichtung zur Anerkennung ausländischer Hoheitsakte⁶ erfolgt eine Anerkennung jedoch in (fast) allen Staaten unter bestimmten Voraussetzungen, um die eigene inländische Justiz zu entlasten und den „internationalen Entscheidungseinklang“ zu fördern.⁷ Zudem spielen bei der Anerkennung dritt-

⁴ So normiert Art. 431 des niederländischen *Wetboek van Burgerlijke Rechtsvordering*: „(1) Behoudens het bepaalde in de artikelen 985–994, kunnen noch beslissingen, door vreemde rechters gegeven, noch buiten Nederland verleden authentieke akten binnen Nederland ten uitvoer worden gelegd. (2) De gedingen kunnen opnieuw bij de Nederlandse rechter worden behandeld en afgedaan.“ Im niederländischen Recht findet folglich eine Anerkennung und Vollstreckung drittstaatlicher Gerichtsentscheidungen grundsätzlich nur nach den Regelungen der Artt. 985–994 (welche die Anerkennung nach staatsvertraglichen Regelungen zum Gegenstand haben) statt. Dabei besteht nach Abs. 2 die Möglichkeit, den Rechtsstreit erneut vor einem niederländischen Richter zu verhandeln, vgl. ausführlich *Rosner*, *Cross-Border Recognition and Enforcement of Foreign Money Judgments in Civil and Commercial Matters*, S. 12 ff.; *Storm*, in: *Platto/Horton, Enforcement of Foreign Judgments Worldwide*, 158 f.; *Juenger*, *AmJCompL* 36 (1988), 1 (26 f.).

⁵ *Gottwald*, in: *MüKo ZPO*, § 328 Rn. 1; *Kallmann*, *Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Zivilurteile und gerichtlicher Vergleiche*, S. 3; v. *Hoffmann/Thorn*, *IPR*, § 3 Rn. 149; *Nagel/Gottwald*, *IZPR*, § 12 Rn. 102; *Schack*, *IZVR*, Rn. 865; *Schütze*, in: *FS Geimer*, 1025 (1025); siehe ausführlich zu den einzelnen Ansätzen *Hou*, *Comparative Analysis of the Korean Approach to Recognition and Enforcement of Foreign Money Judgments*, S. 2 ff. Bereits in dem grundlegenden Werk *Feuerbachs* findet sich diesbezüglich die folgende Aussage: „Freilich bleibt es aber der Regierung jeden Staates überlassen, den Umfang und die Grenzen dieser Verbindlichkeit nach eigener weiser Beurtheilung zu ermessen, denn der völkerrechtliche Verein ist kein Völkerstaat.“, *Feuerbach*, *Themis oder Beiträge zur Gesetzgebung*, S. 85; vgl. *Fricke*, *Anerkennungszuständigkeit zwischen Spiegelbildgrundsatz und Generalklausel*, S. 65; *ders.*, *Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts*, S. 14 f.; *Schärtl*, *Das Spiegelbildprinzip im Rechtsverkehr mit ausländischen Staatenverbindungen*, S. 58; *Schindler*, *Durchbrechungen des Spiegelbildprinzips bei der Anerkennung ausländischer Entscheidungen*, S. 233.

⁶ Die Lehre der *comitas gentium* oder auch *doctrine of comity* setzte sich als Prinzip des Anerkennungsrechts im deutschen Recht nicht durch und begründete dementsprechend keine völkerrechtliche Anerkennungspflicht, vgl. *Geimer*, *Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Deutschland*, S. 11; *ders.*, *IZPR*, Rn. 192b; *ders.*, in: *Geimer/Schütze*, *Internationale Urteilsanerkennung*, Bd. I/2, S. 1359; *Gottwald*, in: *MüKo ZPO*, § 328 Rn. 1; *Roth*, in: *Stein/Jonas*, *ZPO*, § 328 Rn. 1; *Schack*, *IZVR*, Rn. 876; v. *Hoffmann/Thorn*, *IPR*, § 3 Rn. 149; *Schütze*, *DIZPR*, Rn. 287; zur diesbezüglichen Entwicklung im Common Law siehe ausführlich Kap. I § 4 II.

⁷ *Geimer*, in: *Geimer/Schütze*, *Internationale Urteilsanerkennung*, Bd. I/2, S. 1367 f.; *ders.*, in: *Zöller*, *ZPO*, § 328 Rn. 4; *Schack*, *IZVR*, Rn. 876 ff.; *Spickhoff*, *ZZP* 108 (1995), 475 (484); siehe auch v. *Hoffmann/Thorn*, *IPR*, § 3 Rn. 149; einen Überblick über unterschiedliche Anerkennungssysteme liefert *Nagel*, *DB* 1969, 2323 (2324 ff.); zur „Interessenlage bei der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung“ sehr instruktiv *Becker*, *Grundrechtsschutz bei der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung* im europäischen Zivilver-

staatlicher Entscheidungen regelmäßig rechtspolitische Motive bzw. „Gegenseitigkeitserwägungen“ eine nicht zu vernachlässigende Rolle.⁸ Die konsequente Versagung der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer bzw. drittstaatlicher Urteile würde – neben einer gravierenden Hemmung des internationalen Rechtsverkehrs – zu einem massiven Rechtsverlust der jeweiligen Gläubiger der grenzüberschreitend erwirkten Urteile führen.⁹ Zu diesen Motiven der Urteilsanerkennung führte v. Wächter bereits im Jahr 1842 aus:

„Eine rechtliche Nothwendigkeit und Verpflichtung eines Staates, rechtskräftige Erkenntnisse, welche die Richter eines fremden Staates fällten, unbedingt zu vollstrecken, läßt sich nicht nachweisen. Denn an das, was ein fremder Staat für formelles oder materielles Recht erkennt, kann unser Staat nicht gebunden, noch weniger verpflichtet seyn, seine Hand zur Vollstreckung eines Erkenntnisses unbedingt zu bieten, das nach seinen Ansichten und Grundsätzen die gröbste Ungerechtigkeit enthält. Allein das völkerrechtliche Verhältniß und das Interesse der eigenen Unterthanen gebietet hier jedem Staate, nicht auf Dem zu beharren, was sein strenges Recht ist, und hier Einräumungen zu machen. Wie weit er in diesen Einräumungen gehen will, ist lediglich seine Sache.“¹⁰

Im Hinblick auf die zunehmende Internationalisierung und Europäisierung rechtlicher Beziehungen, die mit der wachsenden grenzüberschreitenden Wirtschaftsbetätigung notwendigerweise einhergehen, wird die Frage, inwieweit die Erstreckung der Wirkungen drittstaatlicher Entscheidungen auf das Inland möglich ist, von immer größerer Bedeutung.¹¹ Doch trotz der hohen Relevanz der Thematik der Anerkennung und Vollstreckung drittstaatlicher Entscheidungen für den nationalen wie auch innergemeinschaftlichen Rechtsverkehr ist die Regelung dieser Materie in Europa nach wie vor sehr unübersichtlich.¹² Es finden sich zahlreiche Rechtsakte unterschiedlichster Rechtsnatur und Herkunft und dies in jeweils unterschiedlichem Umfang. Neben den jeweiligen autonomen nationalen Regelungen, wie etwa in Deutschland den §§ 328, 722, 723 ZPO oder den – wenngleich nur rudimentären – Regelungen der Art. 509 Nouveau Code de procédure civile (NCPC) und Artt. 2123, 2128

fahrensrecht, S. 54 ff.; *Schärtl*, Das Spiegelbildprinzip im Rechtsverkehr mit ausländischen Staatenverbindungen, S. 19 ff.

⁸ Siehe etwa *Juenger*, AmJCompL 36 (1988), 1 (7 ff.); *Schütze*, in: FS Georgiades, 577 (586 ff.). Zum Gegenseitigkeitsprinzip siehe ausführlich Kap. II § 10; zu den Motiven hinsichtlich der internationalen Urteilsanerkennung siehe auch *Shapira*, Tel Aviv Univ. Stud. L. 1977, 171 (172 f.).

⁹ Vgl. *Süß*, in: FS Rosenberg, 229 (230) und das von ihm genannte Beispiel, in dem einem Gläubiger aufgrund mangelnden Gerichtsstands im Inland und Versagung der Anerkennung der ausländischen Entscheidung faktisch der Rechtsschutz entzogen würde; siehe auch *Schütze*, DIZPR, Rn. 287; *Schack*, IZVR, Rn. 877.

¹⁰ v. *Wächter*, AcP 25 (1842), 361 (417); vgl. *Gottwald*, ZZZ 103 (1990), 257 (257).

¹¹ Ebenso statt vieler *Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann*, ZPO, § 328 Rn. 8; die Bedeutung der (autonomen) Regelungen hinsichtlich der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen betont ebenfalls *Sonnentag*, CPR 4 (2013), 21 (22).

¹² Ähnlich bereits *Martiny*, in: Hdb. IZVR III/1, S. 8.